



## WAHLEN

## Wie geht es weiter in unserem Land?

Müssen wir im Wahlkampf wieder den Rambo spielen?

Von Josef Schneider, Landesvorsitzender

**Nach dem überraschenden Ausgang der Bundestagswahl wird sich unsere Landesregierung für den kommenden Wahlkampf ein neues Konzept ausdenken müssen. Nichts lässt sich mehr auf Berlin schieben. Wahrscheinlich wird man sich der eigenen Erfolge im Land besinnen und dem Wahlvolk diese schmackhaft machen wollen. Mit Sprüchen wie „Baden-Württemberg mit Sicherheit in Ordnung“ oder ähnlich wird man das baden-württembergische Erfolgsmodell „Innere Sicherheit“ anpreisen.**

**D**abei tun dann die Politikerinnen und Politiker so, als wären sie für dieses Erfolgsmodell an vorderster Stelle verantwortlich. Das Gegenteil aber ist der Fall. Obwohl wir in Baden-Württemberg im Bundesvergleich fast in allen Bereichen die schlechtesten Rahmenbedingungen (und dafür ist die Politik verantwortlich) haben, arbeiten die Beschäftigten der Polizei Hand in Hand, jeder an seinem Platz, mit sehr hohem Engagement und erfolgreich zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger. Nur deshalb hat Baden-Württemberg im Benchmarking der Bundesländer seit Jahrzehnten immer einen Spitzenplatz.

### Wie lange noch?

Wie lange dieses Engagement der Beschäftigten noch anhalten wird? Ich wage keine Prognose, meine aber, dass die Leidenschaft der Kolleginnen und Kollegen – weil ja täglich neue Horrormeldungen insbesondere von Herrn Stratthaus verbreitet werden – nicht mehr lange strapaziert werden kann.

### 24 Prozent in sog. „Leichtlohngruppen“

Wir wollen auf Dauer nicht akzeptieren, dass uns der Innen-

minister sagen muss, dass in Baden-Württemberg immer noch über 6.000 Kolleginnen und Kollegen der Polizei (24% aller Polizeibeamtinnen und -beamten) in den Besoldungsgruppen A 7 und A 8 bezahlt werden. In den anderen Bundesländern sind dies im Durchschnitt noch 12,4% der Polizeibeamtinnen/-beamten.

### Abstellgleis!

Die Wartezeiten dieser Kolleginnen und Kollegen im Land auf eine Beförderung werden immer länger. Niemand hat einen Entwurf für eine rasche Lösung dieses Problems in der Tasche. Nichts, aber auch gar nichts ist in der Pressemeldung des Finanzministers zum Beschluss des Kabinetts über den Nachtragshaushalt 2006 dazu enthalten. Stellenabbau wird propagiert – deshalb kann der Ministerpräsident wenige Tage danach auch nur seinen Respekt vor dem Stellenabbau bei DaimlerChrysler bekunden.

### Luftnummern

Wenn man dann bei der Verteidigung junger Kolleginnen und Kollegen den Staatssekretär Köberle reden hört, welche hervorragenden beruflichen Pers-

pektiven, die in vielen anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes so nicht denkbar seien, die Polizei biete, dann geht einem gelinde gesagt „das Messer in der Tasche auf“.

Die theoretische Chance, die jeder hat, der die Ausbildung beginnen darf, bis in den höheren Polizeivollzugsdienst aufzusteigen, als besondere berufliche Perspektive darzustellen ist eine Frechheit. Nach wie vor sind 48% aller Polizeibeamtinnen/-beamten des Landes im mittleren Dienst. Ein großer Teil von ihnen versucht jedes Jahr vergeblich, durch das Nadelöhr der Zulassung zum gehobenen Dienst zu kommen.

Nach einer Veröffentlichung des Stat. Landesamtes waren im Jahr 2000 28% aller Landesbeamtinnen/-beamten im höheren Dienst (Polizei 2%), 47% im gehobenen Dienst (Polizei 50%) und 24% im mittleren Dienst (Polizei 48%). Die Realität ist, dass wir im mittleren Dienst durchschnittliche Wartezeiten für eine Beförderung nach A 8 von fünfeneinhalb Jahren und für eine Beförderung nach A 9 von acht Jahren haben. Und diese Zeiten verlängern sich praktisch täglich. In Kenntnis der hervorragenden Vorbildung auch der Kolleginnen und Kollegen, die zur Ausbildung für den mittleren Dienst eingestellt wurden, dann hervorragende berufliche Pers-



Josef Schneider

pektiven zu versprechen ist eine Ungeheuerlichkeit. Diese Kritik soll nicht den Staatssekretär treffen, aber diejenigen, die ihm im Innenministerium solche Reden schreiben! Der Frust, der entstehen wird, wenn die Kolleginnen und Kollegen, die dem „Festredner“ bei ihrer Verteidigung aufmerksam zugehört haben, mal merken, welche Karriereaussichten sie wirklich haben, wird nicht mehr zu überbieten sein.

### Sparwut auf Kosten der Geringverdiener

Dieser Frust ist bereits unter den Tarifbeschäftigten der Polizei vorhanden, weil sie zur Kenntnis nehmen müssen, dass ihnen jegliche Perspektiven genommen wurden. Stellenabbau, Nichtvöllzug des Nichtvöllzugskonzepts, keinerlei Aussicht auf lineare Lohnerhöhungen, stattdessen die ständige Botschaft unseres

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Finanzministers über den Wegfall von Zulagen und längere Arbeitszeiten. Wer in diesem Lohnsegment dies ständig zu hören bekommt, der kann nicht mehr mit Freude zur Arbeit kommen.

Vielleicht sagen die „Einflüsterer“ dem Herrn Finanzminister einmal, dass für alle Menschen in diesem Land das Benzin, der Strom, die Heizung und die Grundnahrungsmittel gleich teuer sind. Und weil diese Preise ständig steigen, sollen nach dem Willen der CDU und der FDP die Diäten der Landtagsabgeordneten künftig der allgemeinen Entwicklung der Einkommen folgen. Richtig so! Ich frage mich nur, ob den Erfindern die-

ser Regelung bewusst ist, dass die Diäten dadurch eigentlich gesenkt werden müssten, zumindest im Vergleich zu der Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst.

### Ruhe vor dem Hurrikan

Wie sollen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer diese drastisch gestiegenen Kosten auffangen, wenn sie länger arbeiten müssen und dafür noch weniger Geld bekommen? Lange werden wir deshalb nicht mehr stillhalten können!

josch

### TAUSCH

PK aus Hamburg sucht ab Dezember 2005 Tauschpartner, gehobener/mittlerer Dienst, im Raum Ulm oder Stuttgart. Wohnung im Bedarfsfall vorhanden. Auch Ringtausch möglich. Telefon 01 79-9 08 60 50 oder [goko@freenet.de](mailto:goko@freenet.de)

### EINLADUNG

Die KG Zollernalb wird ihre Jahreshauptversammlung am 7. 11. 2005, 17.00 Uhr, in der Gaststätte Museum in Hechingen abhalten. Als Teilnehmer begrüßen wir u. a. den Vorsitzenden der GdP, Koll. Jupp Schneider. Wie in jedem Jahr wird es auch dieses Mal ein kostenloses Abendessen geben.



# Es ist wieder soweit

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es ist wieder soweit! Hunderte von Polizeibeschäftigten stellen sich ab 28. November als Personalratskandidatinnen und -kandidaten den Wählerinnen und Wählern, also Euch, zur Wahl in die verschiedenen Personalratsgremien bei den Polizeidienststellen des Landes Baden-Württemberg.

Alle Kandidatinnen und Kandidaten sind von einem überzeugt, nämlich ihre Kraft, ihren Mut und ihre Persönlichkeit für ihre Kolleginnen und Kollegen dann einzusetzen, wenn sie von Euch in ein Personalratsgremium gewählt werden. Deshalb stellen sie sich zur Wahl und erbitten von Euch die Stimmen.



Ich als langjähriges Personalratsmitglied von verschiedenen Personalratsgremien habe schon oft erlebt, dass man ungelöste Probleme von Kolleginnen und Kollegen nicht wie einen Mantel an der Tür einer Polizeidirektion ablegen kann. Man nimmt sie oft mit in den privaten Bereich und sucht weiter nach Lösungen.

Das „Geschäft“ von Personalräten wird immer schwieriger und die Spielräume werden insbesondere durch Gerichtsentscheidungen immer enger. Es gibt aber nach wie vor Möglichkeiten, durch Überzeugung auch manchen Kolleginnen und Kollegen zu helfen, wo es zunächst aussichtslos erscheint.

GdP-Personalräte handeln nicht nach dem Satz: „Ich und meine Öffentlichkeit verstehen uns sehr gut: Sie hört nicht, was ich sage, und ich sage nicht, was sie hören will.“

GdP-Personalräte sind anders. Sie stehen auch für Gerechtigkeit, sozialen Frieden und Fortschritt in einer Dienststelle. Sie arbeiten zum Wohle der Beschäftigten als oberster Grundsatz, so wie es das Gesetz vorsieht.

Alle Kandidatinnen und Kandidaten der Gewerkschaft der Polizei, die sich für ihre GdP zur Verfügung stellen, können erwarten, dass ihre Kolleginnen und Kollegen, die in derselben Gewerkschaft sind, sie auch wählen. Warum sollten wir eigentlich sonst in einer Gewerkschaft sein, wenn wir uns das nicht zutrauen würden.

Nur gemeinsam sind wir stark. Dieser Grundsatz gilt insbesondere bei Personalratswahlen.

Wer will, dass die Ansichten der GdP, die Ziele, für die wir stehen, auch in Personalratsgremien weiter bestehen bleiben sollen, der muss:

1. unbedingt an der Wahl teilnehmen,
2. die GdP-Kandidatinnen und GdP-Kandidaten wählen.

Ich bin stolz auf meine GdP und dass sich so viele Kolleginnen und Kollegen als Kandidaten zur Wahl gestellt haben. Also, jetzt liegt es an Euch, belohnt sie.

Euer

  
**Wolfgang Schmidt (wosch)**  
 Landesredakteur



#### Ausgabe:

Landesbezirk Baden-Württemberg

#### GdP-Geschäftsstelle:

Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen  
 Telefon (0 70 42) 8 79-0  
 Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11  
 E-Mail-Adresse:  
[info@gdp-bw.de](mailto:info@gdp-bw.de)  
 Internet: <http://www.gdp-bw.de>

#### Sozialwerk der Polizei:

Telefon: (0 70 42) 8 79-0  
 Telefax: (0 70 42) 8 79-2 22  
 Tonbandansage „Heißer Draht“ für kurzfristige Reisen oder Sonderangebote (0 70 42) 8 79-2 60  
 E-Mail-Adresse:  
[Info@psw-reisen.com](mailto:Info@psw-reisen.com)  
 Internet: <http://www.psw-reisen.com>

#### Redaktion:

Wolfgang Schmidt (Vi.S.d.R.)  
 Bezirkspersonalrat der Polizei,  
 Neckarstr. 195, 70190 Stuttgart,  
 Telefon dienstlich: (07 11) 92 29-26 00  
 privat: (0 71 71) 6 13 85  
 Telefax: (0 71 71) 6 95 26  
 E-Mail: [wschmi@t-online.de](mailto:wschmi@t-online.de)

#### Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE  
 POLIZEILITERATUR GMBH  
 Forststraße 3a, 40721 Hilden  
 Telefon (02 11) 71 04-1 90  
 Telefax (02 11) 71 04-1 74  
 Anzeigenleiter: Daniel Dias  
 Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 29  
 vom 1. Januar 2005

#### Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
 DruckMedien  
 Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
 Postfach 14 52, 47594 Geldern  
 Telefon (0 28 31) 3 96-0  
 Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6381

# PERSONALRATSWAHLEN-EXTRA

**Richtig wählen, GdP mach(t) dich stark!**



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Personalratswahlen stehen jetzt unmittelbar bevor. Ich will deshalb noch einmal die Gelegenheit zu einem Appell nutzen. Geht bitte alle zur Wahl.

Dies ist im Hinblick auf die Problemstellungen der kommenden Jahre wichtiger denn je! Natürlich können die Personalräte im Land unsere Probleme nicht lösen. Personalräte erfüllen ihre Aufgaben im Rahmen der ihnen zugewiesenen Möglichkeiten des Landespersonalvertretungsgesetzes. Wir brauchen für die kommenden Jahre eine gestärkte Gewerkschaft der Polizei, weil es vor allem gilt, wesentliche Verschlechterungen unserer Einkommenssituation abzuwehren. Was noch alles kommen kann, möchte ich hier gar nicht erwähnen, weil ich ja nicht Ratgeber derjenigen sein will, die sich weitere Kürzungen unserer Löhne und Gehälter durchaus vorstellen können, dabei aber peinlichst darüber wachen, dass dies nicht für ihre eigenen Einkommen gilt.

Ich will auch niemandem ein X für ein U vormachen und Dinge behaupten und versprechen, die sich dann gar nicht einhalten lassen. Wenn ich mir die Postillen unserer Mitbewerber so ansehe, dann frage ich mich schon ab und zu, was die denn in den vergangenen vier Jahren mit ihrer Mehrheit im Hauptpersonalrat der Polizei so bewegt haben? Wer z. B. jetzt erst den Streifendienst als Zielgruppe entdeckt, der gibt doch zu, dass er viereinhalb Jahre „geschlafen“ hat. Ich habe mal in meinen Unterlagen gekramt und bin auf Schreiben gestoßen, die ich als damaliger HPR-Vorsitzender im Jahr 2000 im Zusammenhang mit der Reorganisation der Polizei dem Landespolizeipräsidenten übersandt habe. In dieser Zeit war der Streifendienst dem Hauptpersonalrat der Polizei nachweisbar ein Anliegen.



Weil ich natürlich Mitglied im Hauptpersonalrat der Polizei bleiben will, möchte ich hier kurz auf meine polizeiliche Laufbahn zurückblicken. Seit fast 40 Jahren bin ich jetzt bei der Polizei des Landes. Nach der Ausbildung bei der BePo in Lahr war ich einige Jahre im Streifendienst beim PP Mannheim, bevor ich in meine Heimat zur PD Tauberbischofsheim versetzt wurde. Nach dem Aufstieg in den gehobenen Dienst war ich in unterschiedlichen Funktionen bei der LPD Stuttgart, beim Autobahnpolizeirevier Tauberbischofsheim und verschiedenen Polizeirevieren der PD Tauberbischofsheim tätig, bevor ich im Jahr 1993 zur Außenstelle der Akademie der Polizei in Wertheim versetzt wurde. Von 1985 bis 1992 war ich Mitglied im Bezirkspersonalrat der Polizei beim RP Stuttgart, von 1989 bis 1992 im Hauptpersonalrat der Polizei. Seit 1996 bin ich erneut Mitglied im Hauptpersonalrat der Polizei. Seit 2000 bin ich Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei. Zusammen mit meinem Vorgänger als Vorsitzender des Hauptpersonalrats der Polizei bin ich Autor einer Textausgabe mit Erläuterungen zum Landespersonalvertretungsgesetz Baden-Württemberg, die vor wenigen Wochen in ganz aktueller Fassung in der 4. Auflage im Boorberg-Verlag erschienen ist.

Für ein Jahr war ich auch Vorsitzender des Hauptpersonalrats der Polizei. Ich kann deshalb die Arbeitsmenge eines Hauptpersonalratsvorsitzenden beurteilen. Die ist seither nicht geringer geworden. Deshalb sage ich: Es geht nicht, dass ein Landesvorsitzender einer Gewerkschaft dieses Amt – quasi in Personalunion – so nebenbei ausübt. Dafür gibt es neben der Arbeitsmenge, die einen Menschen „fulltime“ beschäftigt, noch weitere Gründe. Die GdP wird dem Amt des Hauptpersonalratsvorsitzenden deshalb wieder die Bedeutung geben, die es verdient



hat. Dazu auch die zur Amtsführung erforderliche Unabhängigkeit und Neutralität.

Deshalb bitten wir um eure Stimmen. Wir, die Kandidatinnen und Kandidaten der GdP, brauchen jede Stimme. Auf allen Ebenen.

**Josef Schneider**  
**GdP-Landesvorsitzender**



Ich bin 52 Jahre alt, verheiratet und habe zwei erwachsene Kinder. Ich bin Schutzpolizist mit Leib und Seele und habe fast alle Stufen der Verwendungsmöglichkeit im gehobenen Dienst durchlaufen. Ich war über zehn Jahre Dienstgruppenführer, Leiter der Verkehrsüberwachung und Leiter Streifendienst und bin nun seit fast zehn Jahren Revierführer beim PRev Laupheim im „Herzen Oberschwabens“. Im gleichen Zeitraum war ich, wie bereits erwähnt, Personalrat in verschiedenen Stufenvertretungen. Ich bin Landeskassierer der GdP Baden-Württemberg und somit für die Finanzen der GdP in den letzten zwei Jahren verantwortlich.

Aber nun zu meinem Traum und meinen Zielen:

### **Ich will mit der GdP wieder die Mehrheit im Hauptpersonalrat gewinnen.**

Dort wird die „große Polizeipolitik“ gemacht und die Weichen für die Zukunft der Polizei gestellt. Viele Dinge haben sich in den letzten Jahren verändert – wenigstens zum Positiven, wie Transparenz von Personalentscheidungen, Veränderung der Stellenschlüssel, insbesondere des Anteils gehobener Dienst, aber noch mehr, und zwar viel, viel mehr, zum Negativen. Seit Jahren hat „Schadensbegrenzung“ oberste Priorität. Ich glaube, keiner von uns kann sich vorstellen, wo wir heute stehen würden, wenn Personalvertretung und Gewerkschaften nicht immer wieder und rechtzeitig auf die Bremse getreten oder ihr Veto eingelegt hätten.

Zugegeben, viele „Kämpfe“ waren letztendlich erfolglos – denn auch wir sind an das Landespersonalvertretungsrecht gebunden – aber getreu dem Motto: „Wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft, hat bereits verloren“ haben wir den oft ungleichen Kampf aufgenommen. So haben wir unserem „Gegenüber“ zumindest gezeigt, dass man



Liebe Kolleginnen und Kollegen.

**Ich habe einen Traum** ... und von dem und meinen ganz persönlichen Zielen für die anstehenden Personalratswahlen will ich Euch heute erzählen. Doch vorab darf ich mich ganz kurz vorstellen, denn, obwohl ich seit über 20 Jahren in Personalratsgremien tätig bin, zuletzt im Hauptpersonalrat der Polizei BW und im

Bezirkpersonalrat des Regierungsbezirkes Tübingen, stelle ich immer wieder fest, dass mich (noch immer) nicht alle GdP-Mitglieder im Lande kennen.





## PERSONALRATSWAHLEN-EXTRA

mit uns nicht machen kann, was man will. Dabei stand für mich immer der Mensch im Mittelpunkt, sowohl in der Personalrats- als auch in der Gewerkschaftsarbeit – dazu bedarf es aus meiner Sicht keiner Leitbilder, sondern Vorbilder – und zwar auf allen Ebenen.

### **Die GdP muss wieder den Hauptpersonalratsvorsitz stellen.**

Warum ist mir das so wichtig? In der Geschäftsstelle des Hauptpersonalrates laufen die Fäden zusammen, dort sitzt der direkte Ansprechpartner für die Polizeiführung und die Politik und dort werden für die Personalratsarbeit auf allen Stufen die Weichen gestellt. Der HPR-Vorsitz ist aufgrund seiner Aufgabenvielfalt ein „Fulltimejob“ und zu wichtig, um ihn in Teilzeit erfüllen zu können.

Die GdP schaut hier auf eine 20-jährige erfolgreiche Tradition zurück und es gilt, diese Domäne wieder zurückzuerobern.

Und nicht zuletzt – und das ist jetzt wirklich mein ganz persönliches Ziel – **möchte ich selbst auch wieder in Haupt- und Bezirkspersonalrat „mitmischen“.**

Als ob wir mit ständig steigender Aufgabenvielfalt, denkbar schlechter Personalstruktur, Gehaltskürzungen und Stellenstreichungen nicht genug Probleme hätten, knabbern wir zusätzlich an „Hausgemachtem“.

Viel zu viele „Baustellen“ sind noch offen, zu viele Aufgaben und Probleme gilt es noch zu bewältigen oder zu lösen – und hier kommen meine vielen „kleinen“ Träume zum Tragen:

Die Einführung einer gerechten, menschenwürdigen und erwachsenengerechten Leistungsbewertung (sprich Beurteilung) und Bezahlung bei der Polizei – und dies muss auch ohne KZM möglich sein.

Die leistungsgerechte Bezahlung unserer Tarifbeschäftigten, die wir immer noch auspressen wie eine trockene Zitrone.

Berufliche Perspektiven für alle Laufbahnen in der Polizei – allen voran für unsere Kolleginnen und Kollegen im mittleren Dienst, insbesondere im Schichtdienst. Zwanzig Dienstjahre und immer noch Obermeister ist eine Schande für das „Musterländle“. Zwar ist die Fortführung des „W 8-Programms“ ein Schritt in die richtige Richtung, aber damit werden die Probleme im mittleren Dienst nicht gelöst. Nehmen wir unseren Ministerpräsidenten beim Wort und fordern die Segnungen des „atmenden Stellenplanes“ ein, um so wirklich eine planbare Karriereentwicklung zu erreichen.

Eine tatsächliche Stärkung der Operativen Einheiten. Diese wird zwar sowohl von der Politik als auch von der Polizeiführung immer propagiert – aber alle bisherigen Veränderungen haben nur das Gegenteil gebracht.

Genügend Personal und Sachmittel, um unserem ureigensten Auftrag am Bürger wieder gerecht werden zu können.

Chefs, die ihre Mitarbeiter/-innen wieder verstehen und fördern und nicht nur einsetzen und verwalten. Wo die Arbeit nur noch in „Menpower“ oder „Mann-Tage“ gemessen wird, wo „nur noch Leistung und nicht der Mensch“ zählt, ist es höchste Zeit, dass wieder mehr Menschlichkeit einkehrt. Flexibilität, Engagement und Entscheidungsfreude dürfen nicht nur eingefordert, sie müssen auch zugelassen werden.

Es gibt noch so viel zu tun, und darum bitte ich Euch, nein, ich fordere Euch auf, macht von Eurem demokratischen Recht Gebrauch und geht zur Wahl. Wählt auf allen Stufen die Personen Eures Vertrauens, denn auf sie müsst Ihr Euch im Ernstfall verlassen können. Jeder weggeworfene Stimmzettel stärkt unsere Mitbewerber und letzten Endes auch unser Gegenüber.

Um dieses Vertrauen bitte ich Euch ganz persönlich, damit meine Träume vielleicht (doch noch) in Erfüllung gehen

*Euer  
Lothar Adolph*



## Mach(t) Dich stark!

### PERSONALRATSWAHLEN 2005



### **Karriereplanung à la Polizei!**

Die Führung der Polizei macht sich Gedanken darüber, wie sie junge Kolleginnen und Kollegen fördern kann.

Man möchte sie durch ein Personalmanagement betreuen, ihnen bei der Karriereplanung unterstützend mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Vermutlich werden Hinweise und Empfehlungen bei Bewerbungen, Abordnungen etc. gegeben.

Dies ist bestimmt eine richtige Entscheidung, denn Karriere hat etwas mit Berufszufriedenheit, Erfolg und auch Beförderung und somit Geld zu tun.

Wer zufrieden mit seiner Karriere ist, wer weiß, was in Zukunft auf ihn zukommt, wer weiß, wofür er welche Anstrengungen und Belastungen auf sich nimmt, der ist zufrieden, ausgeglichen und auch belastbarer.

Man kann auch das Privatleben darauf einstellen. Man kann planen und gestalten. Man kann also an alles denken, was einen sonst ablenken, beschäftigen und belasten würde.

Das ist Fortschritt, das ist an die „Ressource Mensch“ gedacht, wäre da nicht ein kleiner, aber entscheidender Pferdefuß!

Das Personalmanagement ist nur für den höheren Dienst gedacht!

Was ist mit dem gehobenen oder gar mit dem mittleren Dienst? Was ist mit der Karriereplanung des 40-jährigen POM? Hat man als POM oder KOK keine Karriere mehr zu erwarten oder ist man nur Manövriermasse?

Bei über 24 % in den Besoldungsgruppen A 7 und A 8 kann Baden-Württemberg nicht gerade behaupten, Spitze zu sein (Länderdurchschnitt: ca. 14 %). Durch einseitige Auslegung guter Ideen und Vorhaben bekommen diese eine ungesunde Schräglage, und dies trennt.



Was trennt, ist aber schlecht und vertieft vorhandene Gräben.

Wir brauchen eine Karriereplanung für alle, egal ob mittlerer Dienst, Tarif, gehobener Dienst, Verwaltung oder höherer Dienst! Die oben aufgezählten Vorteile einer Karriereplanung treffen nämlich für alle zu und nicht nur für auserwählte wenige. Es sei denn, man will dem Rest zeigen, wo er steht!

*In diesem Sinne  
Rüdiger Seidenspinner*



### **Wer sich für kleine Aufgaben zu groß vorkommt, ist für große Aufgaben wahrscheinlich zu klein . . .**



... es sind oft die augenscheinlich kleinen Dinge, die an den Personalrat herangetragen werden. Für den Betroffenen sind sie allerdings meist alles andere als klein. Probleme, gleich welcher Art, gehören angesprochen und wenn möglich gelöst. Personalrat heißt für mich nicht unbedingt, die Welt verändern zu

**PERSONALRATSWAHLEN-EXTRA**

müssen. Auch wenn ich das manchmal gerne täte ... Personalrat sein heißt für mich nachfragen, unbequem sein, Finger in die Wunde legen, Ansprechpartner für KollegInnen sein, aber auch Gesprächsbereitschaft gegenüber der Dienststelle zeigen. Hierbei muss aber immer klar sein, dass der Personalrat der Arbeitnehmervertreter ist und nicht der Arbeitgebervertreter ... und das kommt meines Erachtens nach gelegentlich etwas zu kurz ... Ich habe nun eine Legislaturperiode im ÖPR der PD LB hinter mir und kann – so denke ich – beurteilen, ob Personalrat was bringt oder eben nicht! Und ich bin der Meinung: Er bringt was! Aber der Personalrat steht und fällt mit den Personen, die sich im Personalrat engagieren. In Zeiten wie diesen, in denen das Hierarchiedenken zwar offiziell durch Leitbilder und ähnliches abgeschafft wird, die Mauern in den Köpfen aber immer höher gezogen werden, ist es für mich besonders wichtig, dass in den Personalräten unseres Landes – egal auf welcher Ebene – auch junge Leute des mittleren Dienstes vertreten sind.

Wir – der mittlere Dienst – stellen nach wie vor eine Mehrheit in der Polizei des Landes Baden-Württemberg dar, und daran wird sich auch so schnell nichts ändern. Warum also sollen wir uns nicht auch von KollegInnen des mittleren Dienstes in den Personalräten vertreten lassen. Ich glaube nicht, dass es an der Kompetenz der Leute mangelt.

Resignieren und Kopf in den Sand stecken hat noch keinem was gebracht! Handeln! Selber handeln muss unsere Devise lauten. Wir nehmen unsere Zukunft selbst in die Hand!

Ich werde wieder kandidieren, da ich meine, dass Personalrat und Gewerkschaft definitiv zusammengehören. Es ist vielleicht nicht immer leicht, eine eigene Meinung zu haben und diese auch zu äußern, aber wer einmal damit angefangen hat, möchte nicht mehr damit aufhören.

Manchmal wünsche ich mir eine Revolution, die alles verändert ... eine Polizei, in der es keine Unterschiede gibt, in der alle KollegInnen sind, egal ob Angestellte, Arbeiter oder Beamte; egal ob ausländischer Herkunft oder andere sexuelle Orientierung, egal ob männlich oder weiblich, Sachbearbeiter oder Vorgesetzter ...

**Karen Seiter**  
**Mitglied des ÖPR der PD LB**  
**Landesjugendvorsitzende der GdP BW**  
**Stellv. Bundesjugendvorsitzende GdP Bund**

**Sparen auf Teufel komm raus –  
Haushaltslöcher stopfen –**

**Prozessvereinbarung – Neugestaltung des Tarifrechts  
– Tarifverhandlungen – TVöD – Verwaltungsreform –  
Nichtvollzugsprogramm**

**Ein Trauerspiel in  
Baden-Württemberg**

Nach über 40 Jahren sollten der Bundesangestelltentarifvertrag und alle bisherigen manteltariflichen Regelungen erneuert werden. In den Tarifverhandlungen 2003 einigten sich die Vertragspartner – Tarifgemeinschaft deutscher Länder, Kommunale Arbeitgeber und Gewerkschaften – durch Prozessvereinbarung zur Neugestaltung des Tarifrechts. Bis zur nächsten Tarifrunde mit Ablauf des Januar 2005 sollte ein neues Vertragswerk entstehen. In zähen und schwierigen Verhandlungen kam eine Tarifeinigung am 9. Februar 2005 zustande. Aber ohne die Länder. Der Tarifvertrag öffentlicher Dienst hat nur Gültigkeit für den Bund und die Kommunen.

Der Tarifvertrag öffentlicher Dienst hat nur Gültigkeit für den Bund und die Kommunen.



### Mach(t) Dich stark!

#### PERSONALRATSWAHLEN 2005

Durch die Kündigung der Tarifverträge Arbeitszeit, Weihnachts- und Urlaubsgeld haben sich die Arbeitgeber vorzeitig aus den Verhandlungen verabschiedet; obwohl sie bei der Einkommensrunde 2003 die Prozessvereinbarung mit unterzeichnet hatten.

In den letzten Monaten und Wochen stand das Vertragswerk teilweise bedenklich auf der Kippe, weil sich die Arbeitgeber und Gewerkschaften in einzelnen Punkten nicht einigen konnten. Schließlich steht der Tarifvertrag unter Vorbehalt der Gesamteinigung. Die Eingruppierung z. B. soll bis zum 31. Dezember 2006 verhandelt sein und in Kraft treten. Für die Beschäftigten des Bundes einigte man sich auf eine wöchentliche Arbeitszeit von 39 Stunden, Mitglieder der VKA im Tarifgebiet West arbeiten durchschnittlich 38,5 Stunden wöchentlich und im Tarifgebiet Ost beträgt die wöchentliche Arbeitszeit 40 Stunden. Im Tarifgebiet West können sich die Tarifvertragsparteien auf landesbezirklicher Ebene darauf einigen, die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit auf bis zu 40 Stunden zu verlängern.

Und hier kommen jetzt die Länder ins Spiel. Die Arbeitgeber haben sich zu weit aus dem Fenster gelehnt – durch Kündigung der Tarifverträge – und pochen auf eine Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit auf bis zu 42 Stunden. Was schon im Beamtenbereich einseitig kraft reiner Willkür beschlossen wurde, soll ohne das Tarifrecht zu beachten auf die Tarifbeschäftigten der jeweiligen

Länder übertragen werden mit dem unsinnigen Vergleich: Die Beamtinnen und Beamten würden benachteiligt, weil die Tarifbeschäftigten „nur“ 38,5 Stunden in der Woche arbeiten.

Wenn eine Gleichstellung erfolgen soll und keine Gruppe der Beschäftigten benachteiligt werden, müssten viele Verordnungen u. a. angepasst werden: z. B. Beförderungen bzw. Höhergruppierungen, Heilfürsorge, Sozialversicherungen (Krankenkasse, Rentenversicherung, Zahnversicherung, Krankengeld, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Beihilfe, Zulagen u. v. m.).

Durch eine Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit wurden im Beamtenbereich über 600 Stellen Einsparpotenzial errechnet, bei den Tarifbeschäftigten würden zusätzlich Stellen eingespart. Und dabei sind wir – die Tarifbeschäftigten – sowieso schon Opfer der Sparwut des Finanzministers bzw. des ehemaligen Ministerpräsidenten – Stichwort: Verwaltungsreform. Auf dem Rücken der Tarifbeschäftigten insbesondere können die Haushaltslöcher nicht gestopft werden. Zuerst hatten wir 235 Stellen im Kraftfahrzeugbereich einsparen müssen. Werkstätten wurden geschlossen. Durch die Freisetzung von 16.000.000,- DM (16 Mio. DM) sollten an den Tarifbereich 8.000.000,- DM







## PERSONALRATSWAHLEN-EXTRA

(8 Mio DM) wieder zurückfließen und für Höhergruppierungen verwendet werden. Doch das Trauerspiel nimmt kein Ende. Das so genannte Nichtvollzugskonzept wurde nicht vollzogen. Eine Million Euro oder 2.000.000,- DM wurden erst mal wieder abgezogen und eingespart. Weitere 300.000 Euro oder 600.000,- DM werden nicht für Höhergruppierungen verwendet, weil im Jahr 2004 die 4 %-Einsparung nicht erbracht wurde.

Durch die Reorganisation und die Verwaltungsreform (Effizienzrendite 20 %) müssen in der Polizei über 1075 Stellen im Nichtvollzug abgebaut werden. Sollte jetzt noch die wöchentliche Arbeitszeit verlängert werden, käme nochmals ein weiterer Stellenabbau hinzu. Die Arbeitsplatzverdichtung nimmt zu, die Erkrankungen der noch Beschäftigten steigen an. Wenn durch einen Regierungswechsel die Tarifautonomie in Frage gestellt wird, das Mitbestimmungsrecht der Personalräte und das Arbeitsrecht eingeschränkt werden, ist es erst recht erforderlich, starke Personalräte zu wählen.

Deshalb gilt meine Bitte an Euch, geht zur Personalratswahl und wählt die Kandidatin oder den Kandidaten Eures Vertrauens.

*Christina Falk*

## Warum nicht auch mal Frauen wählen!?



Bei der Durchsicht der Anträge zur im Oktober stattfindenden GdP-Landesfrauenkonferenz wird eines deutlich: Es geht immer wieder um die gleichen Themen. Benachteiligungen oder Schwierigkeiten aufgrund von Schwangerschaft, Elternzeit und Teilzeitarbeit. Zum Beispiel Schwangerschaft: Plötzlich gibt es keine



sinnvollen Tätigkeiten mehr für die Kollegin, was nicht nur für die Betroffene selbst äußerst demotivierend ist. Wie wird so etwas unter Leistungsaspekten betrachtet? Spätestens nach der Elternzeit stellt sich dann die Frage, auf welcher Stelle man von der Dienststelle als Teilzeitkraft verwendet wird. Besonders Kolleginnen, die vormals Führungsfunktionen besetzt hatten, trifft eine Umsetzung auf weniger attraktive Stellen. Aber auch die Wiedereingliederung braucht Zeit, was einem unter Leistungsaspekten durchaus negativ ausgelegt werden kann. Hinzu kommen die Betreuungspflichten für das Kind. Aufgrund der mangelnden Betreuungsmöglichkeiten werden teilzeitbeschäftigte Männer und Frauen zu unflexiblen Mitarbeitern auf der Dienststelle, denen man dazu noch Arbeiten in die Hand drückt, mit denen sie sich kaum profilieren können.

Die oben angesprochenen Beispiele, die bei weitem nicht das ganze Spektrum an Problemen und Schwierigkeiten von Beamtinnen und in Teilen auch Beamten abdecken, machen eines deutlich: Es mangelt ganz offensichtlich immer noch an Konzepten, sich insbesondere mit den Themen von Schwangerschaft und Teilzeit so auseinander zu setzen, dass den Beamtinnen (... und den Beamten) dadurch keine Nachteile für ihren beruflichen Werdegang entstehen. Hierzu wäre zunächst mal ein Umdenken in den Köpfen wichtig. Wer den in Vollzeit arbeitenden, immer verfügbaren, flexiblen Menschen als Norm ansieht, sieht alles andere als negative Abweichungen von der Norm. Das gilt insbesondere dann, wenn das für die Dienststellen organisatorische Schwierigkeiten bereiten kann. Aber wie der Satz impliziert: Die Dienststelle hat ein Problem, nicht die Person. Frauen und Männer mit Familienpflichten



erwecken die nächste Generation zum Leben. Hierfür werden sie aber gleich doppelt bestraft. Schlechte Beurteilungen, dadurch kaum Beförderungschancen und durch ihre Teilzeit geht ihnen zusätzlich sowieso noch ein Teil von der Pension ab. Sie wollten das nicht anders? Das kann schon sein. Aber wenn sich in Zukunft noch weniger Frauen und Männer für Kinder entscheiden, dann trifft das jeden von uns. Die Personen, die Familienpflichten übernehmen, müssen zusätzlich ihre eigene finanzielle Versorgung in die Hand nehmen. Die Versorgung gibt es kaum noch und jede zweite Ehe wird geschieden.

Während große Teile der Privatwirtschaft keine Probleme im Umgang mit diesen, insbesondere bei der Polizei „hausgemachten“ Probleme haben, bedarf es im öffentlichen Dienst offensichtlich stets einer gesetzlichen Regelung.

Im Gesetzesentwurf der Landesregierung zum neuen Chancengleichheitsgesetz wurden diese Themen teilweise aufgegriffen. In Zukunft soll es nicht mehr erlaubt sein, teilzeitbeschäftigten Männern und Frauen geringwertigere Aufgaben zu übertragen. Die Teilzeitbeschäftigung darf sich nicht negativ auf den beruflichen Werdegang und insbesondere nicht negativ auf die Beurteilung und die Aufstiegsmöglichkeiten auswirken. Das Gleiche gilt übrigens für Eingliederungsschwierigkeiten beim Wiedereinstieg. Auch wenn das nicht wortgetreu gesetzlich verankert ist, sollen diese Probleme bei der Beurteilung nicht nachteilig ausgelegt werden können.



**Mach(t) Dich stark!**  
**PERSONALRATSWAHLEN 2005**

Auf die Personalräte der Polizei kommt in Bezug auf die Umsetzung des Chancengleichheitsgesetzes eine wichtige Kontrollfunktion zu. Es geht um Konzepte; um Lösungen und nicht um Probleme. Es geht darum, dass ernst und gut gemeinte gesetzliche Rahmenbedingungen nicht erneut zur „Auslegungssache“ der jeweiligen Dienststellen werden. Frauen wollen keine Bevorzugung, sondern Gleichberechtigung.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir reden über angemessene Vertretung von Schutz- und Kriminalpolizei, von Tarifbeschäftigten und Verwaltungsbeamten in den Personalratsgremien. Was spricht eigentlich dagegen, dass auch Frauen in diesen Gremien vertreten sein sollen?

Ich kandidiere für den Hauptpersonalrat der Polizei, um alte Strukturen aufzubrechen. Hierzu bitte ich um Euer Vertrauen.

*Sandra Knospe*

# Ihr Zugang zu einer günstigeren Welt...


 Ihr Zugang zu einer günstigeren Welt...


## Skisafari Große Skigebiete in Südtirol zum Kennenlernen

**Wochenende:** 3 Tage Skifahren  
**Termin:** Freitag, 13. Januar – Sonntag, 15. Januar 2006  
**Preis:** Euro 195,00 p.P. im DZ

**Woche:** 6 Tage Skifahren  
**1. Termin:** Sonntag, 15. Januar – Samstag, 21. Januar 2006  
**2. Termin:** Sonntag, 13. März – Samstag, 19. März 2006  
**Preis:** Euro 400,00 p.P. im DZ

**Kombination:** 9 Tage volles Skifahren  
**Termin:** Freitag, 13. Januar – Samstag, 21. Januar 2006  
**Preis:** Euro 495,00 p.P. im DZ

**EZ-Zuschlag:** Euro 10,00 pro Tag

### Leistungen:

- Fahrt in einem modernen Reisebus von Schwäbisch Gmünd über Aalen (BAB-Westhausen) – Zustiegmöglichkeit auch an anderen Orten – nach Villanders, Südtirol und zurück
- Zimmer mit Telefon und Fernseher im Hotel Hubertus in Villanders – Sauna und Hallenbad im Hotel –
- Halbpension
- Täglicher Transfer mit unserem Bus in ein großes Skigebiet in Südtirol – wir fahren jeden Tag in ein anderes Skigebiet, geführte Sella Ronda, geführte Gebirgsjägertour



## Burma – Rundreise 17. bis 30. April 2006

Entdecken Sie Burma – ein Land, dass seine Besucher noch heute mit einer Art von Zauber empfängt, wie kein anderes Ziel in Asien. Eine Reise nach Burma ist eine Reise in die Vergangenheit, auf den Spuren der starken Einflüsse der indochinesischen Zivilisationen.

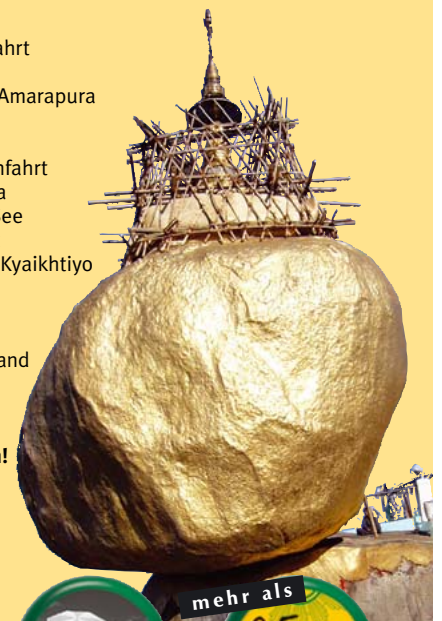
Reisepreis pro Person im DZ **ab 1.605,00 Euro**  
 EZ-Zuschlag: 230,00 Euro  
 Ausflugspaket: 65,00 Euro  
 Ausflug Kyaikhtiyo (1 ÜN, Transfer, Abendessen und Frühstück): 75,00 Euro

**Badeverlängerung Ngapali im Ngapali Beach Resort \*\*\*\***  
 Preis pro Person für 7 Nächte im DZ p.P.: **730,00 Euro**

### Reiseverlauf Burma:

1. Tag: Deutschland – Doha
2. Tag: Doha – Yangon
3. Tag: Yangon: Stadtrundfahrt
4. Tag: Yangon – Mandalay
5. Tag: Mandalay: Ava und Amarapura
6. Tag: Mandalay – Bagan
7. Tag: Bagan: Tempel und Pferdekutschfahrt
8. Tag: Bagan – Mount Popa
9. Tag: Mount Popa – Inle-See
10. Tag: Inle-See: Bootsfahrt
11. Tag: Inle-See – Yangon – Kyaikhtiyo
12. Tag: Kyaikhtiyo – Yangon
13. Tag: Rückflug oder Anschlussurlaub
14. Tag: Ankunft in Deutschland

**Fordern Sie unsere  
ausführlichen Unterlagen an!  
Wir beraten Sie gerne!**



# Herr Stratthaus meint: Beamte sollen fürs Alter mehr privat vorsorgen!

**Warum unser Finanzminister inzwischen fast wöchentlich nachweisen will, dass der baden-württembergische Haushalt unter der Last der Pensionen zusammenbrechen wird, ist seine Sache. Aber dass er nicht erkennen will, dass er und seine Vorgänger dafür verantwortlich sind, ist nicht länger hinzunehmen. Wer einen Beamten/eine Beamtin einstellt, der kennt das Datum der Pensionierung, der kennt auch die selbst geschaffene Gesetzeslage und der weiß deshalb, wann er welche Pension bezahlen muss. Jeder normale Mensch würde dafür Rücklagen bilden! Die Politik aber erzählt immer noch, dass Beamtinnen und Beamte im Vergleich zu Angestellten für den Arbeitgeber die „billigere Variante“ seien.**

Und weil die Landesregierungen von Baden-Württemberg (immer unter Führung der CDU) ihre Hausaufgaben niemals erledigt haben, sollen die Beamtinnen und Beamten jetzt selbst dieses Versäumnis ausbaden. Private Vorsorge ist das Stichwort.

Bereits im Juli 2003 habe ich dazu geschrieben:

*„Und weil dies alles so ist und man den Eindruck haben kann, dass es unserer Landesregierung erst vor wenigen Wochen aufgefallen ist, dass sie viele Tausend Beamtinnen und Beamte beschäftigt, von denen ein großer Teil auch noch zur Überraschung aller in den nächsten 15 Jahren das Pensionalter erreichen, kann man allen Kolleginnen und Kollegen*

*nur raten, sich mit ihrer Alterssicherung zu beschäftigen.“*

Grundsätzlich bin ich also mit Herrn Stratthaus einer Meinung.

## Wo sind denn die Rücklagen, Herr Finanzminister?

Allerdings muss sich der Finanzminister fragen lassen, was er seit 2003 zur Milderung des von ihm erkannten Problems unternommen hat? Außer Jammertraden ist mir nichts bekannt. Oder gibt es inzwischen Rücklagen für die Pensionen? Warum hat man nicht wenigstens wie in anderen Ländern für alle neu eingestellten Beamtinnen und Beamten Pensionsrücklagen gebildet? Wahrscheinlich hat er darauf gehofft, dass man die Pensionen immer weiter absenken kann. Diesen Vorstellungen hat ja das Bundesverfassungsgericht mit

seinem jüngst ergangenen Urteil eine deutliche Absage erteilt.

## ... aber einkommensabhängige Diäten beschließen ...

Und noch eine Frage muss sich Herr Stratthaus gefallen lassen. Wie, glaubt er, sollen Polizeibeamtinnen und -beamte in den Besoldungsgruppen A 7 und A 8 nach den Gehaltskürzungen der jüngsten Vergangenheit aus privaten Mitteln Altersvorsorge bestreiten? Wer immer noch auf die Erhöhung der Mehrwertsteuer und auf die Streichung der Pendlerpauschale und sicher auch auf die Besteuerung der Zuschläge für Schicht- und Nachtarbeit setzt, der muss sich diese Frage schon gefallen lassen.

josch

## TERMINE

### Jahreshauptversammlungen

#### Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Göppingen

Die Jahreshauptversammlung der GdP-Kreisgruppe Polizeidirektion Göppingen findet am Dienstag, dem 22. 11. 2005 in der Gaststätte „Heininger Hof“, 73092 Heiningen, Bahnhofstraße statt. Innerhalb der JH werden die angefallenen Ehrungen durchgeführt. Alle Mitglieder sind aufgerufen, an der JH teilzunehmen.

#### Jahreshauptversammlung Kreisgruppe Ostalbkreis

Die Jahreshauptversammlung der GdP-Kreisgruppe im Ostalb-

kreis findet am Mittwoch, dem 9. November 2005, um 19.00 Uhr, in der Gaststätte „Rössle“ in Aalen-Fachsenfeld statt. GdP-Landesvorsitzender Josef Schneider wird über die gewerkschaftlichen Aktivitäten der vergangenen Monate berichten und zu den kommenden Landtagswahlen die Forderungen der GdP an die Politiker bekräftigen. Es sind deshalb auch alle Landtagskandidatinnen und -kandidaten eingeladen. Die Kreisgruppe geht davon aus, dass sehr viele Kolleginnen und Kollegen den Weg nach Fachsenfeld finden, um den Politikern ihre Meinung zu der Situation bei den Beschäftigten der Polizei zu sagen.

Wosch

## TERMINE

### Preisskat

Die Kreisgruppe der LPD Karlsruhe veranstaltet am Dienstag, den 15. 11. 2005, ab 17.30 Uhr ihren traditionellen Herbstpreisskat. Den Skatfreunden winken wieder wertvolle Preise. Veranstaltungsort ist der Raum „Stimmgabel“ im Areal Durlacher Allee 31–33. Parkraum ist genügend vorhanden.

## REDAKTIONSSCHLUSS

### Bitte beachten:

Der Redaktionsschluss für das Landesjournal Baden-Württemberg im „**Dezember 2005**“ ist Montag, der **7. November 2005** und für die „**Januar-Ausgabe 2006**“ Dienstag, der **6. Dezember 2005**.



**Mach(t) dich stark!**  
PERSONALRATSWAHLEN 2005